



Heute gehen weitere 113.000 Lufthansa-Passagiere vergeblich auf ihre Flug- oder Reiseziele aufbrechen wollen.

# Streik kostet Lufthansa bis zu 20 Millionen Euro täglich

Ein rasches Ende des Streiks ist nicht absehbar. 113.000 Passagiere waren gestern von Lufthansa-Streik betroffen, heute soll weiter gestreikt werden.

**Frankfurt** – Die Flugbegleitersyndikate (IGL) von Lufthansa, Air Berlin und Eurowings haben am Montag einen Streik angekündigt. Die Flugbegleiter bereiten sich auf einen Streik vor, der bis zum Ende der Woche dauern könnte. Auf Basis der Erfahrungen von vorherigen Streiks sind die Flugbegleiter nicht zuversichtlich, dass die Fluggesellschaften bereit sind, die Forderungen zu erfüllen.

Im Falle eines Streiks sind bis zu 20 Millionen Euro täglich an Einnahmeverlust zu erwarten. Die Fluggesellschaften sind gezwungen, die betroffenen Passagiere zu entschädigen. Die Fluggesellschaften sind gezwungen, die betroffenen Passagiere zu entschädigen.

# Eurowings hebt von Wien ab, AUA bangt um Flugstrecken

Wien – Die Kärntner Fluggesellschaft Eurowings hat am Montag ihren Flug von Wien nach London wieder aufgenommen. Die Fluggesellschaft hat ihren Flug von Wien nach London wieder aufgenommen.

Die Fluggesellschaft hat ihren Flug von Wien nach London wieder aufgenommen. Die Fluggesellschaft hat ihren Flug von Wien nach London wieder aufgenommen.

# OMV-Chef kritisiert Brüssel

Wien – OMV-Chef Rainer Zech hat seine Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem österreichischen Energiekonzern vorgetragen. Zech hat seine Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem österreichischen Energiekonzern vorgetragen.

Zech hat seine Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem österreichischen Energiekonzern vorgetragen. Zech hat seine Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem österreichischen Energiekonzern vorgetragen.

# VW bleibt im Skandal gefangen

Beim VW-Konzern jagt eine Krisensitzung die nächste. Auch der mächtige Betriebsrat steht nun in der Kritik.

**Wolfsburg** – Im VW-Skandal um manipuliertes Abgasverhalten geht auch der mächtige VW-Betriebsrat in die Kritik. Der Betriebsrat ist in die Kritik geraten, da er die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt hat.

Der Betriebsrat ist in die Kritik geraten, da er die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt hat. Der Betriebsrat ist in die Kritik geraten, da er die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt hat.

Der Betriebsrat ist in die Kritik geraten, da er die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt hat. Der Betriebsrat ist in die Kritik geraten, da er die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt hat.



Gewerkschaften fordern Investitionen gegen den groß angelegten Abgasbetrug beim VW-Konzern.

## Kurzmeldungen

### 3,3 Millionen gegen TTIP

**Berlin** – Mit fast 3,3 Millionen Unterschriften im Rücken fordert eine europäische Bürgerinitiative das Aus für die geplanten Handelsabkommen Europas mit Nordamerika. Am Montag nahm EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) in Berlin eine aktualisierte Unterschriftenliste der Organisation „Stop TTIP“ entgegen. Das Anti-Bündnis umfasst 500 Organisationen. (dpa)

### Streik bei Amazon geht weiter

**Bad Hersfeld** – Die deutsche Gewerkschaft ver.di hat gestern zu einem Tagesstreik beim Versandhändler Amazon in Bad Hersfeld aufgerufen. „Die Beschäftigten wollen eine bessere Bezahlung, aber auch Respekt und Anerkennung durch einen Tarifvertrag“, sagte Mechthild Middeke von ver.di. (dpa)

### Heimische Exporte legten zu

**Wien** – Dank florierender Exporte hat sich das heimische Außenhandelsdefizit heuer in den ersten acht Monaten fast halbiert. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verringerte sich das Passivum von 2,12 auf 1,11 Mrd. Euro, wie aus den vorläufigen Daten der Statistik Austria hervorgeht. (APA)

### 35.000 Tonnen Speisen im Müll

**Wien** – Jahr für Jahr fallen in der Wiener Gastronomie rund 35.000 Tonnen Lebensmittelabfälle an. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Österreichischen Ökologie-Instituts. Das neue Beratungsangebot „Smart Kitchen“ soll Lokalen nun helfen, den Speise-Müll zu reduzieren. (APA)

### China kündigt Reformen an

**Peking** – Chinas Präsident Xi Jinping hat für die kommenden fünf Jahre weitere Wirtschafts- und Finanzreformen angekündigt. Dies betreffe unter anderem die Freihandelszonen. In den Zonen sollten der Zugang zum Markt erleichtert und der Dienstleistungssektor weiter geöffnet werden, heißt es. (APA, Reuters)

## Kurzmeldungen

### 3,3 Millionen gegen TTIP

**Berlin** – Mit fast 3,3 Millionen Unterschriften im Rücken fordert eine europäische Bürgerinitiative das Aus für die geplanten Handelsabkommen Europas mit Nordamerika. Am Montag nahm EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) in Berlin eine aktualisierte Unterschriftenliste der Organisation „Stop TTIP“ entgegen. Das Anti-Bündnis umfasst 500 Organisationen. (dpa)

### Streik bei Amazon geht weiter

**Bad Hersfeld** – Die deutsche Gewerkschaft ver.di hat gestern zu einem Tagesstreik beim Versandhändler Amazon in Bad Hersfeld aufgerufen. „Die Beschäftigten wollen eine bessere Bezahlung, aber auch Respekt und Anerkennung durch einen Tarifvertrag“, sagte Mechthild Middeke von ver.di. (dpa)

### Heimische Exporte legten zu

**Wien** – Dank florierender Exporte hat sich das heimische Außenhandelsdefizit heuer in den ersten acht Monaten fast halbiert. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres verringerte sich das Passivum von 2,12 auf 1,11 Mrd. Euro, wie aus den vorläufigen Daten der Statistik Austria hervorgeht. (APA)

### 35.000 Tonnen Speisen im Müll

**Wien** – Jahr für Jahr fallen in der Wiener Gastronomie rund 35.000 Tonnen Lebensmittelabfälle an. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Österreichischen Ökologie-Instituts. Das neue Beratungsangebot „Smart Kitchen“ soll Lokalen nun helfen, den Speise-Müll zu reduzieren. (APA)

### China kündigt Reformen an

**Peking** – Chinas Präsident Xi Jinping hat für die kommenden fünf Jahre weitere Wirtschafts- und Finanzreformen angekündigt. Dies betreffe unter anderem die Freihandelszonen. In den Zonen sollten der Zugang zum Markt erleichtert und der Dienstleistungssektor weiter geöffnet werden, heißt es. (APA, Reuters)